https://www.bild.de/politik/2023/politik/schulschliessungen-experten-sprechen-von-krasser-fehlentscheidung-82796856.bild.html 6.2.2023

Experten sprechen von „krasser Fehlentscheidung"

Jetzt befasst sich der Gerichtshof für Menschenrechte mit dem Lockdown

Und das, obwohl zahlreiche Wissenschaftler, Kinderärzte und Verbände in ihren Stellungnahmen für das Gericht auf die schwerwiegenden Folgen der Schulschließungen hinwiesen.

Diese Erkenntnisse habe das Gericht „vom Tisch gewischt", so Verfassungsrechtler Prof. Volker Boehme-Neßler (60, Uni Oldenburg). „Der Karlsruher Beschluss war eine krasse Fehlentscheidung." Das Kindeswohl habe keine Rolle gespielt. Es sei den Richtern nur darum gegangen, die Regierungspolitik zu stützen. „Das Gericht argumentierte wie zu Anfang der Pandemie: Man habe es nicht besser gewusst. Dabei dauerte die Pandemie schon fast zwei Jahre."

Auch Rechtswissenschaftler Prof. Josef Franz Lindner (56, Uni Augsburg) sagt: „Das BVerfG hat es sich zu leicht gemacht, indem es überwiegend die Stellungnahmen der Schließungsbefürworter, vor allem des Robert-Koch-Instituts, berücksichtigt hat."

Ebenso stützte der Virologe Christian Drosten (50, Charité) mit seiner Stellungnahme den Regierungskurs: Die Schulen hätten „einen deutlichen, wenn auch quantitativ schwer erfassbaren Beitrag zur Infektionsverbreitung" geleistet.

Die renommierten Statistiker der LMU München belegten hingegen, dass offene Schulen sogar halfen, das Infektionsgeschehen zu kontrollieren!

Rechtswissenschaftler Linder nennt es ein „schwerwiegendes Versäumnis", dass das Gericht keine mündliche Verhandlung durchgeführt hat. „Denn dort hätten alle Perspektiven diskutiert und transparent gemacht werden können. Einseitigkeit und Intransparenz herrschten aber auch im Kanzleramt von Angela Merkel vor."

Die Beschwerde in Straßburg habe sehr gute Chancen, glaubt Boehme-Neßler. Die europäischen Kollegen sähen Schulschließungen ganz anders.

Brisant: Zahlreiche Fachgesellschaften und Wissenschaftler wurden im Karlsruher Verfahren zur „Bundesnotbremse" als „sachkundige Dritte" hinzugezogen, auch das Robert-Koch-Institut, damals unter der Leitung von Lothar Wieler (60). Dabei ist das RKI dem Bundesgesundheitsministerium unterstellt, Wieler durfte als weisungsgebundener Beamter dem Regierungskurs nicht widersprechen.

Bundestags-Vize Wolfgang Kubicki (70, FDP): „Wenn nun Herr Wieler und Herr Lauterbach erklären, das sei alles nicht richtig gewesen, frage ich mich, warum sie mit mir nicht gegen die Schulschließungen gekämpft haben. Und es stellt sich die Frage, warum das RKI keine entsprechend deutliche Stellungnahme vor dem Bundesverfassungsgericht abgegeben hat." Wenn es politischen Druck auf das RKI gegeben habe, solle Herr Wieler das auch so sagen.

https://pleiteticker.de/am-kindeswohl-orientiert-europaeischer-menschenrechtsgerichtshof-fordert-stellungnahme-wegen-schulschliessungen/ 6.2.2023

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte fordert Stellungnahme wegen Schulschließungen

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat die Bundesregierung über einen Fragenkatalog aufgefordert, zu den Schulschließungen während der Corona-Zeit Stellung zu nehmen. Durchgesetzt wurden sie damals mittels bundeseinheitlicher „Corona-Notbremse".

In der Corona-Politik wurden schwere Fehler gemacht – das räumte zuletzt selbst Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach ein. Gegenüber dem ARD-Morgenmagazin hatte Lauterbach zugegeben, dass es falsch gewesen sei, Schulen und Kindertagesstätten so lange geschlossen zu halten. Das Vorgehen Deutschlands könne durchaus kritisiert werden – und das sieht der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)

anscheinend sehr ähnlich: Er forderte die Bundesregierung nun zur Stellungnahme wegen der Schulschließungen auf.

Wie aus einem Bericht der Welt am Sonntag hervorgeht, bestätigte das Bundesjustizministerium den Eingang eines Fragenkatalogs zur sogenannten Bundesnotbremse. Die Maßnahme wurde im April 2021 im Rahmen des Infektionsschutzgesetzes beschlossen und sah harte Maßnahmen vor, wenn ein Landkreis oder eine kreisfreie Stadt an drei aufeinander folgenden Tagen eine Inzidenz von 100 überschreitet: Unter anderem Kontaktbeschränkungen (ein Haushalt durfte nur eine weitere Person treffen), Ausgangsbeschränkungen von 22 bis 5 Uhr, Homeoffice – und Schulschließungen.

War das Kindeswohl zentraler Maßstab?

Wie die Welt am Sonntag berichtet, fordert der EGMR unter anderem eine Antwort, ob das Kindeswohl bei eben diesen Schulschließungen tatsächlich der zentrale Maßstab gewesen sei – und ob die Auswirkungen früherer Schulschließungen in der Corona-Zeit bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt worden seien. Die Bundesregierung sei zudem aufgefordert worden, Informationen über die damalige „Verfügbarkeit, den Umfang und die Dauer alternativer Bildungsmöglichkeiten" wie hybride Lernmöglichkeiten, Online-Unterricht und Notfallbetreuung in Schulen herauszugeben.

Die Rechtsanwälte Axel Koch und Bernhard Ludwig hatten im Mai 2022 Beschwerde beim EMGR eingereicht, nachdem ihre Klage gegen die Schulschließungen vom Bundesverfassungsgericht abgelehnt worden war. Das Gericht hatte damals geurteilt, dass Schulschließungen zum Schutz von Risikogruppen vertretbar seien, solange sich der Staat auf wissenschaftliche Expertisen stützen kann, die nicht eindeutig widerlegt sei.

Es bleibt abzuwarten, ob der EGMR diesem Urteil zustimmt – der Fragenkatalog könnte zumindest darauf hindeuten, dass man sich

ernsthaft damit auseinandersetzt, ob die Schulschließungen rechtens waren.

https://report24.news/steve-kirsch-folgt-hinweisen-sechsfache-todeszahlen-bei-piloten-von-southwest-airlines/ 5.2.2023

Steve Kirsch folgt Hinweisen: Sechsfache Todeszahlen bei Piloten von Southwest Airlines

…….Seit Monaten treffen bei ihm Hinweise ein, dass bei Southwest Airlines, der größten Fluglinie der Welt, seit Beginn der Impfkampagnen sechsmal so viele Piloten sterben als zu erwarten wäre. Die Zahl der arbeitsunfähig geschriebenen Piloten sei sogar zehnmal so hoch wie normal.

In seinem Leben "vor Covid" galt Steve Kirsch als technisches Genie. Er erfand die optische Maus, gründete die Internet-Suchmaschine Infoseek, erfand Software, die später vom Grafik-Giganten Adobe aufgekauft wurde und beschäftigte sich mit verschiedenen praktisch einsetzbaren Kryptographie-Anwendungen.

Als die Covid-Pandemie begann, glaubte er zunächst an das Narrativ, glaubte an Institutionen wie FDA, NIH und die CDC und entschied sich für zwei mRNA-Impfungen des Herstellers Moderna. Diese wirkten nicht, er erkrankte dennoch an Covid-19. Darüber hinaus sah er in seinem Freundeskreis, dass Menschen starben oder zu dauerhaften Invaliden wurden. Der Mann, der sein Leben lang daran gewöhnt war, präzise und analytisch zu denken und zu forschen, begann die offizielle Geschichte zu hinterfragen – und publizierte seine Ergebnisse. Wie viele andere Kritiker des Covid-Narrativs und der Impfkampagnen wurde er in Folge vom System geächtet und beschimpft. Sein Glück: Er ist finanziell unabhängig und kann es sich leisten, weiterhin hinter den Vorhang zu blicken.

Ein toter Pilot pro Monat

In den letzten Monaten erreichten Kirsch zahlreiche Nachrichten aus dem Umfeld von Southwest Airlines, der größten Fluglinie der Welt. Das Unternehmen besitzt 779 Flugzeuge und beschäftigt weltweit 66.100 Menschen. Die Behauptung: Innerhalb der Fluglinie würden aktuell sechsmal so viele Piloten sterben, wie in den Jahren vor der Pandemie. Sollten die Zahlen der Wahrheit entsprechen, wäre dies eine große Sache. In Zahlen handelt es sich um einen Todesfall pro Monat – zuvor starben höchstens 1-2 Piloten pro Jahr.

Kirsch weist darauf hin, dass alle Piloten der Fluglinie geimpft sind – deshalb müsse man "Covid-19" als Todesursache ausschließen. Die erhöhten Todeszahlen betreffen aber auch die Flugbegleiter – hier wird von 2-3 Todesfällen pro Monat berichtet.

Als Beleg für diese Behauptungen dient eine "Gedenkseite" des Unternehmens, wo die Todesfälle veröffentlicht werden. Auch öffentlich sind viele dieser Todesfälle nachvollziehbar – beispielsweise auf der Seite "Find a grave", die gleich 25 tote Piloten für das Jahr 2022 ausweist. …….

Petition an die FAA fordert Untersuchung

Kirsch möchte diese Berichte nicht tatenlos hinnehmen – und sucht nach der Wahrheit. Die Federal Aviation Administration FAA reagiert nicht auf seine Anfragen. Dabei würde sich Kirsch sicherlich wie jeder andere wissenschaftlich orientierte Mensch damit begnügen, Zahlen und Statistiken zu sehen, welche die genannten Behauptungen und Gerüchte widerlegen. Dass solche Zahlen nicht präsentiert werden, macht den Sachverhalt brisant – und erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass es sich um die Wahrheit handelt. Kirsch berichtet außerdem von weiteren Zuschriften, welche die Vermutung erlauben, dass diese Vorfälle nicht nur Southwest, sondern alle Fluglinien betreffen.

Kirsch fordert nicht nur eine Untersuchung, er möchte möglichst viele Mitarbeiter von Fluggesellschaften dazu motivieren, eine entsprechende Petition zu unterschreiben. Zielsetzung ist, dass 20.000 Betroffene vor

dem Hauptquartier der FAA demonstrieren und diese dringend notwendige Untersuchung einfordern. ……

https://uncutnews.ch/warum-sind-die-ekgs-von-piloten-nicht-mehr-normal-herzinfarkte-waehrend-des-flugs-sind-piloten-beim-fliegen-gefaehrdet/ 3.2.2023

Warum sind die EKGs von Piloten nicht mehr normal? Herzinfarkte während des Flugs sind Piloten beim Fliegen gefährdet?

Ohne öffentliche Ankündigung oder Erklärung hat die FAA die „Parameter erweitert", was bedeutet, dass Personen mit potenziellen Herzverletzungen nun Verkehrsflugzeuge fliegen dürfen.

Am 24. Oktober 2022 änderte die FAA die EKG-Anforderungen, die Piloten erfüllen müssen, um zu fliegen – aber nicht, um sie sicherer zu machen

Ohne öffentliche Ankündigung oder Erklärung erweiterte die Behörde den zulässigen Bereich für PR, ein Maß für die Herzfunktion

Die Ausweitung dieses Parameters (Messwertes) bedeutet, dass Personen mit potenziellen Herzschäden nun Verkehrsflugzeuge fliegen dürfen, wodurch die Passagiere gefährdet werden könnten, wenn sie während des Fluges einen Herzinfarkt oder ein anderes Ereignis erleiden

Es gibt Hinweise darauf, dass die sich verschlechternde Herzgesundheit der Piloten auf die negativen Auswirkungen der COVID-19-Impfung zurückzuführen ist

Schätzungsweise 20 % der untersuchten Piloten könnten durch COVID-19-Impfungen Herzschäden erlitten haben, und die FAA war möglicherweise gezwungen, die EKG-Parameter zu erweitern, damit die Piloten weiter fliegen konnten

Die Federal Aviation Administration (FAA) schreibt vor, dass Piloten der ersten Klasse ab einem Alter von 35 Jahren und ab einem Alter von 40 Jahren jährlich ein Elektrokardiogramm (EKG) erhalten. EKGs zeichnen

die elektrische Aktivität des Herzens auf, um die Gesundheit des Herzens zu messen, und bestimmte Parameter müssen erfüllt sein, damit Piloten als flugtauglich eingestuft werden können.

COVID-Impfungen können Pilotenherzen geschädigt haben

Laut Steve Kirsch, Geschäftsführer der Vaccine Safety Research Foundation, hat die FAA die akzeptablen EKG-Parameter von einem PR-Maximum von 0,2 auf 0,3 und möglicherweise sogar noch höher erweitert. …….

https://takecontrol.substack.com/p/why-ekgs-pilots-no-longer-normal

https://report24.news/die-naechste-herzinfarkt-theorie-zu-viel-vom-haeufigsten-medikament-der-welt-paracetamol/?feed_id=27098
4.2.2023

Die nächste Herzinfarkt-Theorie: Zu viel vom häufigsten Medikament der Welt, Paracetamol

Die Landschaft der Systemmedien ist seit Beginn der Impfkampagnen sehr bemüht, die unter der Bezeichnung "plötzlich und unerwartet" bekannte Sterbewelle irgendwie zu erklären. Zahlreiche Menschen sterben an Thrombosen die zu Hirn- und Herzinfarkten führen. So wies die britische Daily Mail darauf hin, dass zu häufige Einnahme von Paracetamol zu tödlichen Herzinfarkten führen könne. Es handelt sich um das meistverwendete Medikament der Welt.

https://www.dailymail.co.uk/health/article-10484977/Popping-paracetamol-day-raise-risk-deadly-heart-attack-stroke-FIFTH.html

Im Februar 2022, als die Übersterblichkeit schon voll im Gange war, erklärte die Daily Mail, dass die tägliche Einnahme von Paracetamol das Risiko auf einen Herzinfarkt um ein Fünftel erhöhen könne. Dies wäre das Resultat einer Studie von Wissenschaftlern der Universität Edinburgh. Paracetamol ist ein weithin bekanntes Schmerzmittel.

Wie “Wissenschaft” funktioniert, wissen wir seit Beginn der vorgeblichen Corona-Pandemie im Jahr 2020 zur Genüge. Es reichen oft Behauptungen und Hochrechnungen durch fachfremdes Personal für haarsträubende Schlussfolgerungen, die zu freiheitsentziehenden Maßnahmen führen. So auch hier:

Eine einzigartige Studie ergab, dass nur vier Tage der Einnahme von Paracetamol einen klinisch signifikanten Anstieg des Blutdrucks verursachen.

Daraus errechneten sie, dass die regelmäßige Einnahme von Paracetamol – etwa 4 g pro Tag oder acht Standardtabletten – das Risiko für Herzerkrankungen oder Schlaganfälle um etwa 20 Prozent erhöhen könnte. ……..

Die Auswahl von “Paracetamol” als Herzinfarkt auslösendes Medikament ist im Zuge der Herzmuskelentzündungs- und Herzinfarkt-Pandemie natürlich strategisch sehr klug. In den USA sollen 23 Prozent der Bevölkerung jede Woche Paracetamol oder ein ähnliches Mittel einnehmen. In Großbritannien spricht man von 6.300 Tonnen Verbrauch des Medikaments pro Jahr – oder 70 Tabletten pro Einwohner. ……

https://report24.news/komplett-verrueckt-impfstatus-verstorbener-aus-datenschutzgruenden-nicht-erhoben/?feed_id=27181 7.2.2023

Komplett verrückt: Impfstatus Verstorbener aus Datenschutzgründen nicht erhoben

In den Jahren der Corona-Hysterie durfte, ja musste sogar jeder kleine Lehrling den Impfstatus von Restaurantgästen oder Besuchern von Geschäftslokalen erheben. An allen Ecken und Enden musste man wildfremde Menschen über seinen Test- oder Impfstatus informieren. Nach Start der Impfkampagnen kam es in der westlichen Welt zu einer massiven Übersterblichkeit. Der Impfstatus der Verstorbenen wäre aber nun aufgrund des Datenschutzes geheim.

Das ist ein “dickes Ding”, das brave Steuerzahler dazu motiviert, sich mit der flachen Hand auf die Stirn zu klatschen. Das deutsche Statistikamt Destatis erklärte bereits im Dezember 2022, dass man den Impfstatus Verstorbener nicht erheben dürfe. Es handle sich nicht um eine gesetzlich festgelegte Information für die Todesursachenstatistik.

Dem gegenüber hat Destatis aber keine Probleme damit, die unter bekannt merkwürdigen Rahmenbedingungen erhobenen Corona-Todesfälle zu publizieren. Erinnern Sie sich, jeder der innerhalb eines Monats vor seinem Tod einen positiven Corona-Test absolvierte, galt laut WHO-Empfehlung als “Corona-Toter”. Dies beinhaltete Verkehrstote genauso wie Menschen, deren Fallschirm sich beim Sprung nicht entfaltete.

In den USA ging man sogar so weit, dass Ärzte die Todesursache nicht im Labor bestätigen lassen mussten, sondern den Grund “Covid-19” einfach schätzen durften. Für Corona-Fälle gab es vom Staat natürlich mehr Geld, was speziell in den USA viele Krankenhäuser nutzten, um sich zu sanieren.

Kritiker beschweren sich zu Recht, dass es völlig absurd ist, wenn Staaten Maßnahmen wie Impfungen anordnen, sich aber in Folge nicht für die Risiken, Nebenwirkungen oder möglichen Todesfolgen interessieren.

……

https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/pcr-tests-113.html
8.1.2023

Ein Lehrstück über Lobbyismus

Die Labormediziner haben die Gesetze über PCR-Tests beeinflusst - und während der Pandemie Milliarden verdient. WDR, NDR und SZ haben mehr als tausend Seiten interner Ministeriumsunterlagen ausgewertet. Ein Lehrstück über Lobbyismus in der Pandemie.

Von Daniel Drepper, Markus Grill und Sarah Wippermann, NDR/WDR

Der Verein Akkreditierte Labore in der Medizin (ALM) ist der Club der Labore in Deutschland. Im Vorstand sitzen die Chefs der Labor-Riesen Sonic, Limbach, Amedes und Synlab. Die Namen kennt zwar fast niemand, doch jedes Jahr werten diese Firmen viele Millionen medizinischer Proben aus, von Hepatitis, Influenza oder Norovirus bis hin zum Coronavirus.

In den vergangenen Jahren herrschte Dank der Pandemie Goldgräberstimmung in der Branche. Die Gewinne explodierten im vergangenen Geschäftsjahr förmlich, wie etwa bei der Firma Sonic Healthcare, die ihren Gewinn vom Juli 2020 bis Juni 2021 von 82 Millionen auf 274 Millionen Euro mehr als verdreifachen konnte. Verantwortlich seien unter anderem die PCR-Corona-Tests, schreibt Sonic in seinem Jahresbericht.

Branche für Finanzinvestoren interessant

Hinter mehreren dieser Branchenriesen stehen Finanzinvestoren. So hat mitten in der Pandemie der US-Finanzkonzern Goldman Sachs zusammen mit zwei weiteren Investoren für 1,5 Milliarden Euro die Laborfirma Amedes mit Sitz in Göttingen übernommen.

WDR, NDR und "Süddeutsche Zeitung" (SZ) haben mehr als tausend Seiten interner Ministeriumsunterlagen ausgewertet, in denen es vor allem um die Vergütung der PCR-Tests ging. Während der Test auf Influenza und ähnliche Erreger mit knapp 20 Euro vergütet wird, erhielten die Labore für den Corona-PCR-Test anfangs 59 Euro von den Krankenkassen.

Offenbar erfolgreiche Lobbyarbeit

Die Unterlagen zeigen, wie der Lobbyverband ALM etwa erfolgreich daran gearbeitet hat, die Preise möglichst lange hoch zu halten. Auch versuchten sie Tiermediziner, Zahnärzte und Apotheker vom Testen auszuschließen. Und die Dokumente zeigen, wie der ALM mit seiner Lobbyarbeit offenbar dazu beigetragen hat, dass Bundesregierung und

Krankenkassen bei der Vergütung von PCR-Tests in den vergangenen drei Jahren möglicherweise Milliarden verschwendet haben.

Bevor das Gesundheitsministerium in der Pandemie neue Gesetze oder Verordnungen erlässt, ist es üblich, dass die Verbände gehört werden, deren Geschäft von den Regelungen betroffen ist - so auch bei den Corona-Tests, für die eigens Testverordnungen erlassen wurden. Auch der ALM als Verband der Laborärzte erhielt alle Referentenentwürfe neuer Testverordnungen vorab. Häufig schickte der ALM-Vorsitzende Michael Müller innerhalb weniger Stunden Änderungswünsche ans Ministerium zurück.

Handschriftliche Notizen

Dass seine Schreiben häufig den Minister persönlich erreichten, sieht man etwa an handschriftlichen Notizen von Jens Spahn auf Müllers Schreiben, die WDR, NDR und SZ vorliegen. "Bitte im August Videokonferenz organisieren mit ALM", heißt es da etwa. Auf Fragen zum Einfluss der Labor-Lobby auf seine Politik lässt Spahn ausrichten, er habe "keinen Zugang mehr zu Akten, Vorlagen oder Rücksprachen, um die von Ihnen aufgeführten Punkte in der nötigen Detailtiefe nachzuvollziehen oder zu bewerten."

…….

Im Gespräch sagt der aktuelle Gesundheitsminister Lauterbach: "Wie das in der Zeit meines Vorgängers genau so beschieden wurde, das kann ich nicht sagen. In der Tat war es damals so, dass der Kassenpreis niedriger war als der Ministeriumspreis." ……

https://report24.news/deutschland-wo-der-maskenzwang-durch-ein-maskenverbot-ersetzt-wird/?feed_id=27236 8.2.2023

Deutschland: Wo der Maskenzwang durch ein Maskenverbot ersetzt wird

Im durchregulierten Deutschland kann aus einem Zwang von einem Tag auf den anderen ein Verbot werden: Nachdem die Maskenpflicht im

öffentlichen Nahverkehr gefallen ist, dürfen Taxifahrer nun keine Maske mehr tragen – auch nicht freiwillig. Denn: Das Vermummungsverbot für Autofahrer ist jetzt wieder in Kraft.

Endlich: Die Maskenpflicht im öffentlichen Nah- und Fernverkehr ist beendet. Auch für Taxifahrer, die Teil des ÖPNV sind, galt die Maskenpflicht. Doch nach dem Ende der sogenannten Basisschutzmaßnahmen-Verordnung gilt nun wieder das Vermummungsverbot für Autofahrer. Das heißt, dass Taxifahrer nun keine Maske mehr tragen dürfen, auch nicht freiwillig – Paragraf 23 Absatz 4 der Straßenverkehrsordnung besagt: "Wer ein Kraftfahrzeug führt, darf sein Gesicht nicht so verhüllen oder verdecken, dass er nicht mehr erkennbar ist." Verstöße können mit einem Bußgeld von 60 Euro geahndet werden.

Die Straßenverkehrsordnung und damit auch das Vermummungsverbot gilt bundesweit, während der Umgang mit dem Infektionsschutz Ländersache ist. In Berlin und Hamburg zumindest dürfen Taxifahrer keine Maske mehr tragen, ob es in anderen Bundesländern andere Vorgaben geben wird, ist fraglich. …..

https://ansage.org/in-thailand-koennte-die-luft-duenn-werden-fuer-pfizer-und-co/ 8.2.2023

In Thailand könnte die Luft dünn werden für Pfizer und Co.

Die politisch Verantwortlichen und unternehmerischen Profiteure der Corona-Impfkampagne sind aktuell gut beraten, den Blick nach Thailand zu richten – denn die dortigen Ereignisse könnten das vorwegnehmen, was perspektivisch auch in Europa und den USA früher oder später auf sie zukommen dürfte, wenn auch systembedingt nicht mit vergleichbar rigoroser Konsequenz wie in Südostasien: Die verheerenden gesundheitlichen Folgen der Corona-Impfstoffe könnten nämlich zeitnah dazu führen, dass mit Thailand das erste Land Konsequenzen zieht, seine

Verträge mit dem Pharmakonzern Pfizer kündigt und eine umfassende zivil- und strafrechtliche Aufarbeitung des mRNA-Impfskandals einleitet.

Darauf deuten jedenfalls Aussagen des aus Thailand stammenden emeritierten Mikrobiologie-Professors Sucharit Bhakdi hin. Hintergrund ist, dass die 44-Jährige thailändische Prinzessin Bajrakitiyabha derzeit in Bangkok im Koma liegt , nachdem sie 23 Tage nach ihrer „Auffrischungsimpfung" zusammengebrochen war.

Die Königsfamilie erkannte den nicht nur zeitlichen Zusammenhang zur Impfung, nachdem sich die Erstdiagnose als falsch herausgestellt hatte – denn die Prinzessin leidet höchstwahrscheinlich an einer Herzmuskelentzündung (Myokarditis), einer der typischsten Nebenwirkungen der Experimentalgenspritze. Bhakdi konnte den Beratern der thailändischen Regierung inzwischen umfassend aufzeigen, dass die vermeintlich harmlosen und segensreichen Impfungen weitgehend auf Fehlinformationen und falschen Zusicherungen beruhen.

Empörung über Pfizer nach Unterrichtung über fehlende Sicherheitsstudien

Auch das autoritär regierte Thailand hatte sich der globalen Impfkampagne zunächst ohne jeden Vorbehalt angeschlossen. Lange wurden auch dort die Augen vor den verheerenden Impfschäden und Nebenwirkungen verschlossen; laut Bhakdi hätten die Regierungsvertreter und -ratgeber geradezu empört auf seine Informationen reagiert, dass es keinerlei belegte Studien über die Sicherheit der Impfstoffe gebe. Sie hätten ihm gegenüber daraufhin angekündigt, nicht nur die Verträge mit Pfizer zu kündigen, sondern den Konzern auch auf Entschädigungszahlungen in Milliardenhöhe zu verklagen. Selbst ein Austritt aus der Weltgesundheitsorganisation WHO soll im Raum stehen.

Im Juli 2021 hatte Thailand 20 Millionen Impfdosen geordert. ……

https://www.anti-spiegel.ru/2023/indischer-minister-pfizer-wollte-von-der-haftung-bei-impfschaeden-befreit-

werden/?doing_wp_cron=1675364814.7204298973083496093750
21.1.2023

Indischer Minister: Pfizer wollte von der Haftung bei Impfschäden befreit werden

Ein indischer Minister hat erklärt, Pfizer habe versucht, die indische Regierung einzuschüchtern. Auch die indische Opposition habe Druck ausgeübt, aber die indische Regierung hat die Bedingungen von Pfizer nicht akzeptiert daher keine mRNA-"Impfstoffe" von Pfizer bestellt.

Ein indischer Minister hat mitgeteilt, dass Pfizer die indische Regierung unter Druck gesetzt und als Bedingung für die Lieferung der Pfizer-Impfstoffe verlangt hat, Indien müsse Pfizer eine Haftungsbefreiung bei Impfschäden garantieren. Das ist nicht neu, Pfizer und andere westliche Hersteller von Covid-Impfstoffen haben von der EU eine generelle Haftungsbefreiung bekommen und Pfizer hat das weltweit zur Bedingung für die Lieferung seiner mRNA-„Impfstoffe" gemacht. …..

Übersetzung aus der russischen Nachrichtenagentur TASS:

Indien erzählt von Druck durch Pfizer, die Firma vor Klagen wegen Nebenwirkungen des Covid-Impfstoffs zu schützen

Der indische Minister für Technologie und Elektronik, Rajiv Chandrasekar, sagte, dass das Pharmaunternehmen versucht habe, die Regierung des Landes einzuschüchtern.

Das US-Pharmaunternehmen Pfizer hat die indische Regierung gezwungen, die Bedingung für seinen Schutz im Falle von Nebenwirkungen bei der Verwendung seines Coronavirus-Impfstoffs zu akzeptieren. Das erklärte der indische Staatsminister für Technologie und Elektronik, Rajiv Chandrasekar, am Freitag.

„Ich möchte daran erinnern, dass Pfizer versucht hat, die indische Regierung einzuschüchtern, damit sie die Entschädigungsklausel für die Lieferung ihres COVID-19-Impfstoffs akzeptiert", schrieb er auf Twitter.

Der Tweet des indischen Politikers war ein Kommentar zu einem Video, in dem Journalisten den CEO von Pfizer, Albert Burla, zur Wirksamkeit des Medikaments des Unternehmens gegen Coronavirus-Infektionen befragt haben, einschließlich der Frage, warum diese unter 70 Prozent lag. (Anm. d. Übers.: Der Vorfall hat sich auf dem Treffen des WEF zugetragen. Journalisten hatten Burla zufällig gestellt und er hat, während er die lästigen Fragen ignoriert hat, versucht, vor den Journalisten zu fliehen) …….

https://tkp.at/2023/02/08/geleakte-emails-der-ema-politik-verlangte-freigabe-der-corona-impfstoffe-praktisch-ohne-pruefung/ 8.2.2023

Geleakte Emails der EMA: Politik verlangte Freigabe der Corona-Impfstoffe praktisch ohne Prüfung

Die Zulassungsverfahren für die Corona Impfstoffe wurden im Eiltempo durchgezogen, ohne dass eine Prüfung der Wirksamkeit und Sicherheit möglich gewesen wäre. Die noch nie dagewesene extreme Abkürzung der Zulassung eines Medikaments wurde mit dem Begriff „teleskopiertes Verfahren" schöngeredet. Tatsächlich wurde ein enormer Druck seitens der höchsten Politik geführt von der deutschen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auf die Behördenmitarbeiter ausgeübt.

Etwa 900 Seiten Emails aus der zweiten Jahreshälfte von 2020 von Pfizer's "Impfstoff" Chemistry Manufacturing and Controls (CMC) Abteilung, die für die Einreichung der Zulassungen bei der EMA zuständig ist, wurden an eine Reihe von Journalisten geleakt. Die Dokumente enthielten auch den E-Mail-Verkehr zwischen einigen der Prüfer und leitenden Angestellten der EMA. Über die undichte Stelle wurde im British Medical Journal berichtet, das die Echtheit der Dokumente bestätigen konnte.

Wichtige Seiten davon hat Sasha Latypova in ihrem Substack-Blog ausgewertet. Sie ist eine Veteranin in der Pharma Branche mit Spezialisierung auf Regulatory Affairs, also die Zulassung von Medikamenten.

Sie hat kürzlich aufgedeckt, dass in den USA die Aufträge an die Pharmafirmen zur Entwicklung, Herstellung und Vertrieb der Corona-Impfungen durch das US Verteidigungsministerium DOD (Department of Defense) erfolgten und daher keiner zivilen Kontrolle mehr unterliegen und Haftungen ausgeschlossen sind. Dargestellt hat sie es in diesem Rumble Video: COVID-19 Countermeasures: Evidence of the Intent to Harm – by Sasha Latypova

Die E-Mail-Dateien der EMA, die Latypova auswertet, enthalten 14 Screenshots von E-Mails von Mitte bis Ende November 2020. Der Austausch stammt von EMA-Mitarbeitern und leitenden Angestellten. Sie fasst den Inhalt dieser E-Mails wie folgt zusammen:

Die EMA-Prüfer standen unter massivem politischem Druck, neue Wege zu erfinden, um die unzulässigen gefährlichen Produkte zu genehmigen. Der Druck kam von ganz oben aus den Regierungen der USA, Großbritanniens und der EU.

EU-Kommissarin Ursula von der Leyen machte den Mitgliedstaaten Versprechungen, die sie nie einhalten wollte, um sie alle in einen einzigen Pakt für Impfstoffverträge einzubinden und so jede unabhängige Entscheidung in ihren eigenen Ländern zu verhindern.

Es gab schwerwiegende und – angesichts des absichtlich unrealistischen Zeitplans – nicht zu lösende Probleme mit der Qualität des Produkts, zu dessen Genehmigung die EMA-Mitarbeiter gedrängt wurden. Einigen war es unangenehm, dies zu tun und ihre Bedenken zu äußern. Andere „übersahen" eindeutig erfundene Daten. ……

Aus weiteren Emails wird ersichtlich wie die Mitarbeiter der fachlichen Ebenen der EMA so unter Druck gesetzt wurden, dass sie keine Chance hatten ihre berechtigten Einwände vorzubringen. ……..

https://uncutnews.ch/schock-die-ema-zulassung-des-covid-impfstoffs-fuer-kinder-fuehrte-zu-einem-anstieg-der-todesfaelle-bei-kindern-in-europa-um-698/ 8.2.2023

SCHOCK!: Die EMA-Zulassung des COVID-Impfstoffs für Kinder führte zu einem Anstieg der Todesfälle bei Kindern in Europa um 698%

Die jüngste Enthüllung, dass die Zahl der überzähligen Todesfälle bei Kindern in Europa um 698 % gestiegen ist, nachdem die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) eine Notfallzulassung für den Impfstoff COVID-19 für Kinder erteilt hatte, ist ein schockierender und zutiefst beunruhigender Trend.

Die Daten, die von offiziellen Regierungsquellen veröffentlicht wurden, zeigen eine beunruhigende Missachtung der Sicherheit und des Wohlergehens unserer schwächsten Bürger. ……..

Es folgen diverse Quellen und Tabellen mit Erläuterungen.

https://expose-news.com/2023/02/03/8x-increase-child-excess-deaths-europe-c19-vaccine/